

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



ANFRAGE

3-0836/06-KT

für die öffentliche Sitzung

Kreistag

26.06.2006

Einreicher: Böttcher, Maritta
Fraktion DIE LINKE.PDS

Betr.: Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE.PDS zu Hartz IV

Sachverhalt:

Am 1. Juni 2006 wurde im Bundestag das Fortentwicklungsgesetz des Sozialgesetzbuches II verabschiedet. Damit wurden in vielen Einzelpunkten die Hartz- IV- Gesetze geändert. Im Kern geht es darum, Kosten einzusparen (pro Jahr etwa 1,5 Milliarden Euro) und den Druck auf Erwerbslose weiter zu erhöhen.

Sicherlich gibt es auch in unserem Kreis Menschen, die sich in der so genannten sozialen Hängematte wohl fühlen und wenig oder gar nichts zur Veränderung ihrer Lebenssituation beitragen wollen. Dem entgegenzuwirken gibt es schon heute Möglichkeiten. Dass aber diese Handlungsweise als Generalverdacht zugrunde gelegt wird, um das Fortentwicklungsgesetz auf den Weg zu bringen, wird der realen Situation nicht gerecht und diskreditiert die Arbeitssuchenden im Kreis Teltow-Fläming.

Wenn man die Erwerbslosen im Kreis mit den offenen Stellenangeboten ins Verhältnis setzt wird deutlich, nicht die Arbeitslosen sind das Problem, sondern die fehlenden Arbeitsstellen und die Vermittlung in Arbeit.

Die Zahl der arbeitenden Armen, die - ergänzend zum Lohn - einen Zuschuss aus dem ALG II beantragen müssen, nimmt weiter zu.

Es ist notwendig, dass Arbeit wieder so bezahlt wird, dass man davon leben kann, auch mit Kindern.

Die Änderungen unterstellen ein sorgenfreies Leben unter Hartz IV. Wir gehen vom Gegenteil aus: Niemand geht freiwillig in Hartz IV und damit in in staatliche Lebensbestimmung. Trotzdem soll, wer seinen Arbeitsplatz verloren hat und damit Lebensperspektiven, jetzt verschärften Kontrollen unterworfen werden, hat mit einem rigiden Datenabgleich der Behörden zu rechnen und muss nachweisen, dass seine Lebensgemeinschaft keine Bedarfsgemeinschaft ist. Das angebliche Sofortangebot um die tatsächliche Arbeitsbereitschaft zu testen, ist purer Aktionismus und gegenüber vielen Betroffenen zynisch. Eignungsfeststellungen oder Trainingsmaßnahmen helfen den meisten Langzeitarbeitslosen nicht weiter. Es ist zu befürchten, dass über solche „Angebote“ lediglich Anlässe für Sanktionen gesucht werden. Diese erneuten Verschärfungen sind allein vom Willen geleitet, zu Lasten der Arbeitslosen zu sparen. Dringend notwendig aber sind Investitionen in die Beschäftigungsförderung.

Dazu frage ich den Landrat:

1. Wie viele sogenannte Missbrauchsfälle sind bisher in unserem Landkreis bekannt geworden?
2. Welcher Art sind diese?
3. Wie wird die Behörde auf solche aufmerksam bzw. wodurch erfährt sie von Missbräuchen?
4. Handelt es sich überwiegend um Mitglieder von Bedarfsgemeinschaften oder um Einzelpersonen?
5. Durch welche Maßnahmen soll Missbrauch vermieden werden?
6. Um welche offenen Stellen handelt es sich im Kreis Teltow-Fläming und warum können diese nicht besetzt werden?
7. Welche Angebote werden wegen unzureichender Qualifizierung für offene Stellen gemacht?

Jüterbog, 22.06.2006

gez. Maritta Böttcher
Mitglied der Fraktion DIE LINKE.PDS